

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1. Mk.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Baustellen-Anzeigen die
8 gespaltene Kolonnen-Zeile
50 J
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brock.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 8002.

Vom 10. Gewerkschaftskongress.

Daß der Nürnberger Gewerkschaftskongress sachlich einen ähnlichen Verlauf nehmen würde, wie die vorher bereits stattgefundenen Verbandstage verschiedener Verbände, stand für den Kenner der Verhältnisse fest. Tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, und speziell innerhalb der freierorganisierten Arbeiterschaft, haben auch die Gewerkschaften als solche nicht unberührt gelassen. Unerquickliche Vorgänge haben sich in manchen Verbänden, besonders nach Kriegsende, abgespielt. Die allgemeine Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen hat immer breiteren Boden gewonnen, um so mehr, als es unsern Genossen in der Regierung nicht gelang — nicht durch ihre Schuld — die unendlich schwierigen Ernährungsverhältnisse zu meistern resp. zu bessern. Als eine weitere große Sünde wurde unsern Regierungsmännern angedreht: die große Vorsicht bei Finanzmaßnahmen der Sozialisierungsfrage und des Räte systems. Diese Dinge haben besonders in letzter Zeit die Gegensätze zwischen den politischen Richtungen der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Parteien verschärft und auch in den Gewerkschaften zum Ausdruck kommen lassen.

Die Generalkommission hat in Gemeinschaft mit der Vorstandskonferenz während des Krieges versucht, nach bestem Glauben die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten unter jeweiliger Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse. Diese ihre sogenannte Kriegspolitik hat ihr viele Anfeindungen eingetragen, die auch auf dem Kongress zum Ausdruck kamen. Schon bei der Bureauwahl zeigten sich die vorhandenen Gegensätze. Unter der Führung von Digmann (Frankfurt a. M.) trat eine Opposition auf, die sich im Kern zusammenschloß aus Anhängern der U. S. P. und einigen Kommunisten. Die Opposition verlangte Sonderberücksichtigung im Bureau, die ihr auch zugestanden wurde.

Genosse Legien ergänzte in längeren Ausführungen den gedruckten vorliegenden Bericht der Generalkommission, besonders betont, man dürfe die Tätigkeit der Generalkommission während des Krieges nicht beurteilen nach den Verhältnissen seit Ausbruch der Revolution. Die Indifferenz eines großen Teiles der deutschen Arbeiterschaft vor der Revolution müsse mit in Rechnung gestellt werden. Nicht wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit sei die Generalkommission belächelt worden, sondern speziell deshalb, weil sie sich dagegen gekümmert habe, daß die Gewerkschaften in den Dienst der politischen Opposition gezogen wurden.

Die dem Bericht folgende Debatte war stellenweise von außergewöhnlicher Schärfe. Die Opposition versagte der Generalkommission das Vertrauen. In welcher Stärke sie vertreten war, zeigte sich bei der Abstimmung über die Resolution Siebel und Genossen mit folgendem Wortlaut:

„Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands stellt nach Entgegennahme des Berichts der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verflochtenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission bestrebt war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongress weist deshalb die in der Debatte geäußert gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Kriege verraten, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen an die Gewerkschaften herangetretenen Fragen bestehen können, spricht der Kongress der Generalkommission sein Vertrauen aus.“

Die Resolution wurde mit 445 gegen 179 Stimmen angenommen. Wesentlich ist die mehrmalige Betonung durch einige Redner der Opposition, sie wollten nicht die Trennung der Gewerkschaften, aber sie würden alles daran setzen, die Mitgliedschaft mit einem andern Geist zu durchsetzen. Legien hob demgegenüber hervor, daß die vor dem Kongress hier in Nürnberg abgehaltene Sondertagung der Opposition der erste Schritt zur Verrückung der Gewerkschaften sei, selbst wenn die Führer der Opposition das heute nicht wollen.

Um Differenzpunkte in Zukunft aus den gewerkschaftlichen Verbänden fernzuhalten, fordert ein Antrag Baplow und Genossen für die Zukunft volle Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien. Eine hierzu vorgelegte und angenommene Entschließung lautet:

„Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, daß die Gewerkschaften die Arbeitnehmer, unbeschadet der politischen oder religiösen Überzeugung des einzelnen, zu einheitlicher und geschlossener Aktion zwecks Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen vereinigen müssen.“

Das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1906, das eine Verständigung der beiden Zentralleitungen bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft betreffenden Fragen verlangt, hatte den Zweck, diese Allianz durch Vermeidung von Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wurde davon nicht berührt.

Aber dieses Abkommen hatte eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stoßkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen.

Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge, berufliche Interessensvertretung ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.“

Hoffen wir, daß es mit Hilfe dieser Richtlinien gelingen möge, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten. Das muß möglich sein, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist.

Eine in Nürnberg tagende Vorstandskonferenz beschäftigte sich mit dem Erlaß Noskes gegen die wilden Eisenbahnstreiks. Die Konferenz legte dem Kongress folgende Entschließung zum Mitgliedschaftsbericht der Generalkommission vor, die auch Annahme fand:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni angeichts des drohenden Eisenbahnstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teile der Eisenbahner bis auf weiteres das Streitrecht entzieht.“

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserm daniederliegenden Wirtschaftsleben unermeßlichen Schäden zufügen und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Zerrüttung verschärfen müßte. Der Kongress lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Streiks ab.

Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongress Einspruch gegen jede, auch nur vorübergehende Befreiung des Streitrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Erhaltungsschiff der Revolution aufsteht. Die vorliegende Verordnung ist zudem ungewisshändig, weil Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu verhüten sind.

An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongress den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen.“

Desgleichen gelangte die folgende, von Ernst und Genossen vorgelegte Resolution zur Annahme:

„Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands protestiert gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet. Nachdem seit Wochen jeder größere Streik aufgehört hat, nachdem vollständige Ruhe herrscht, ist auch jeder Scheingrund gefallen, den Ausnahmezustand in Industriebetrieben aufrecht zu erhalten. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schmachten auf Grund dieses Ausnahmezustands hinter Kerkermauern.“

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert deshalb sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Haftentlassung der wegen Streitvorgehen verurteilten oder in Schutzhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßnahmen unterbleiben.“

Weitere wichtige Entschlüsse des Kongresses werden in der nächsten Nummer des „Proletarier“ zum Ausdruck gelangen.

Unsre Tarifverträge im Jahre 1918.

Im Jahre 1918 hat die ungünstige Einwirkung des Krieges auf unser Tarifwesen nicht nur weiter angehalten, sondern sie hat sich noch verstärkt. Die Arbeiterschaft hatte infolge der fortgesetzten Preisversteigerungen für alle Bedarfsartikel nach oben an Tarifverträgen, und speziell an langfristigen, nicht mehr dasselbe Interesse wie früher. Das ist auch ohne weiteres erklärlich. Solange der Krieg noch nicht beendet war, blieb diese gleichgültige Stimmung gegenüber einer tariflichen Lohnvereinbarung vorherrschend, und in den zwei letzten Monaten des Jahres 1918 waren die Unruhen und das fürmische Drängen zu stark, aber auch die Aussicht in die Zukunft zu unklar, als daß bei der Arbeiterschaft der Wunsch nach tariflichen Lohnvereinbarungen besonders rege hätte werden können. Daraus erklärt sich auch die geringe Zahl der Neuabschlüsse und der erneuerten oder verlängerten Tarifverträge. Erst wenn allmählich stabilere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten, wird die Zahl der Tarifverträge wieder rascher anwachsen. Noch im Jahre 1918 zählten wir 465 Tarifverträge in 789 Betrieben mit 42 000 Beschäftigten. Der Tarifvertragsgedanke hatte breiten Boden gewonnen, trotz seiner starken Anfeindungen in früheren, besonders in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Schaffung der heutigen Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern in den verschiedenen Industriezweigen ist nichts anderes als die Fortsetzung des Tarifgedankens. Die Herstellung der Betriebsdemokratie durch die Betriebsräte hat dadurch festere Formen angenommen.

Ueber den Stand und die Entwicklung der Tarifverträge innerhalb unsres Organisationsgebietes im Jahre 1918 gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß:

	Zahl der		
	Tarifverträge	Betriebe	Beschäftigten
Am 31. Dezember 1917 bestanden	292	572	20 416
Durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen erloschen	137	184	4 989
Davon wurden erneuert oder verlängert	13	18	2 099
Neu abgeschlossen	7	8	600
Bestand am 31. Dezember 1918	185	414	18 126

Nach dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Zahl der Tarifverträge von 292 auf 185 zurückgegangen ist, also um 107. Auch die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Personen hat

sich verringert. Das Organisationsverhältnis hat dagegen eine Besserung erfahren, was aus der obigen Tabelle allerdings nicht ersichtlich ist. Von den in tariflich geregelten Betrieben beschäftigten Personen waren 1917 nur 64,28 Prozent, im Jahre 1918 dagegen 71,70 Prozent organisiert. Von den 127 abgelaufenen Verträgen sind im Berichtsjahr nur dreizehn erneuert oder verlängert worden. Wegen Stilllegung von Betrieben wurden fünf Tarifverträge nicht mehr erneuert. Drei Tarifverträge gingen an andere Verbände über. In zwei Fällen wird das Eingehen einer Firma für das Aufheben des Tarifvertrages angesetzt. In einem Falle hat der Verband den Vertrag gekündigt und nicht mehr erneuert, und in einem andern Falle für die Beendigung des Vertragsverhältnisses Tarifbruch der beiden Kontrahenten angegeben. Für den größten Teil der Tarifverträge, die nicht wieder erneuert oder verlängert wurden, liegen nähere Angaben nicht vor. Es steht aber fest, daß es sich bei diesen um eine Reihe von Zeigeleien handelt, die zunächst den Betrieb nicht aufnehmen konnten, weshalb auch eine Neuregelung der Verträge nicht möglich war.

Neu abgeschlossen wurden insgesamt sieben Verträge für acht Betriebe mit 600 beschäftigten Personen. Im Vorjahr waren die entsprechenden Zahlen: 18 Verträge für 44 Betriebe mit 2977 Beschäftigten. Die verschiedenen Gründe für diese Erscheinung sind eingangs unsrer Ausführungen bereits dargelegt. Unter Würdigung derselben ist es zweifellos von Interesse, die Entwicklung des Tarifwesens im letzten Jahrzehnt innerhalb unsrer Organisation tabellarisch verfolgen zu können.

Jahr	Zahl der		
	Tarifverträge	Betriebe	Beschäftigten
1909	124	195	17 495
1910	175	308	20 906
1911	301	489	29 850
1912	369	611	35 425
1913	465	789	42 000
1914	437	763	39 991
1915	411	738	23 485
1916	363	633	20 025
1917	292	572	20 416
1918	185	414	18 126

Bis zum Jahre 1913 sehen wir sowohl die Zahl der Tarifverträge als auch die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten fortwährend anwachsen. Aber bereits im ersten Kriegsjahre (1914) setzt eine rückläufige Bewegung ein, die bis zum Berichtsjahr 1918 anhält. Auch in den einzelnen Industriezweigen zeigt sich dasselbe Bild. Man kann also wohl sagen: die rückläufige Bewegung im Tarifvertragswesen verteilt sich auf alle Industriezweige, abgesehen von zwei unbedeutenden Abweichungen bei der Zahl der in tariflich geregelten Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Zahl der Tarifverträge, der tariflich geregelten Betriebe und der unter Tarifvertrag beschäftigten Personen für die einzelnen Industrien des Verbandsgebietes und die eingetretenen Veränderungen seit 1913 ersichtlich:

1. Chemische, Gummi- und Limolenum-Industrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1913	124	131	10 095
1914	119	127	8 856
1915	115	123	4 175
1916	98	104	3 780
1917	81	90	3 910
1918	52	57	3 103

2. Ziegeleien, Zement- und Kalkwerke-Fabriken.

1913	129	260	10 370
1914	119	259	8 829
1915	112	246	2 829
1916	90	193	2 432
1917	81	184	2 459
1918	39	126	2 711

3. Papier- und Zellstoff-Fabriken.

1913	20	22	4 432
1914	21	23	4 415
1915	19	21	2 836
1916	18	20	2 378
1917	18	20	2 410
1918	11	13	1 607

4. Nahrungsmittel-Industrie.

1913	66	106	9 322
1914	65	104	10 396
1915	61	101	9 882
1916	70	109	8 029
1917	51	113	8 102
1918	39	103	8 349

5. Sonstige Betriebe.

1913	126	270	7 781
1914	113	250	7 495
1915	104	247	3 763
1916	87	207	3 406
1917	61	165	2 535
1918	44	115	2 556

In allen Industriezweigen ohne Ausnahme ist also die Zahl der Tarifverträge zurückgegangen, ebenso die Zahl der Betriebe,

mit denen Tarifverträge bestanden. Nur die Zahl der Beschäftigten hat eine Zunahme erfahren in der keramischen Industrie und in der Nahrungsmittel-Industrie.

Die nachfolgende Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über die Zahl der auf einen Tarifvertrag und auf einen tariflich geregelten Betrieb entfallenden Beschäftigten in den letzten fünf Jahren:

Table with 3 columns: Jahr, Es entfallen Beschäftigte auf einen Tarifvertrag, auf einen tariflich geregelten Betrieb. Years: 1914-1918.

Die Zahl der auf einen Tarifvertrag entfallenden Beschäftigten ist im letzten Jahr höher als in allen vorhergehenden. Auch auf einen tariflich geregelten Betrieb entfallen mehr Beschäftigte als in den drei Jahren vorher.

Ueber die Zahl der auf einen Tarifvertrag und einen tariflich geregelten Betrieb entfallenden Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen während der letzten fünf Jahre gibt nachfolgende Tabelle Auskunft:

Table with 5 columns: der chemischen Industrie, der Papier- und Zellstoff-Industrie, Nahrungsmittel-Industrie, sonstigen Betrieben. Rows for years 1914-1918.

Die höchste Zahl der auf einen Vertrag entfallenden Beschäftigten weist auch dieses Jahr wieder die Nahrungsmittelindustrie auf, während die niedrigste Zahl unter „sonstigen Betrieben“ rangiert.

Damit haben wir über das Tarifvertragswesen ein ziemlich getreues Bild gegeben. Daß es nicht glanzender aussieht, liegt an den besonderen Umständen während der Kriegszeit.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Farbstoffindustrie in Großbritannien.

Am 21. Mai wurde in Rom die 19. Generalversammlung der British Cotton and Wool Dyers' Association, Ltd., abgehalten.

Uns während des Krieges unschätzbare Dienste durch die Versorgung mit solchen Farben, die wir nicht selber herstellen konnten, geleistet haben.

Gegen die deutsche chemische Industrie.

Mitte April dieses Jahres hat in Paris unter Leitung des französischen Handelsministers eine Konferenz stattgefunden, an der offizielle Vertreter der amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und belgischen chemischen Industrie teilgenommen haben.

Zu spät und zu vorzeitig das Vorgehen im besetzten Gebiet. Mit allen Mitteln versuchen sie die Herstellungsbedingungen der deutschen Farbstoffe zu erschweren, auf deren Geheimhaltung die weltbeherrschende Bedeutung der deutschen Farbstoffindustrie beruht.

Wer die Macht hat, hat auch das Recht. So ist es im kleinen wie im großen. Moralische Erwägungen gibt es natürlich beim Imperialismus auch nicht.

Papier-Industrie

Zum Gesamtarbeitsvertrag in der Papiererzeugungsindustrie.

Wurden bisher Prämien in sehr vielen Fällen als ein Geschenk des Arbeitgebers betrachtet und als solches in den Fabrikordnungen begünstigt, so bilden diese jetzt einen festen Bestandteil des Lohnes.

Die Regelung der Arbeiterarbeit bedarf ebenfalls der Mitwirkung des Arbeiters. Die Arbeitsbedingungen müssen der Arbeiterpflichtig gegenüber bekanntgegeben werden, so daß die Zeit ein für allemal vorher fest liegt.

Die Forderung von Gehaltssteigerungen werden den Vorteilen voll zu würdigen, der in Bezug auf den Arbeitsvertrag vom Mietvertrag getrennt, daß der Arbeiter mit der Aufgabe seiner Arbeitsstelle nicht mehr mit seiner Familie auf das Straßenpflaster gestellt wird.

Die Bestimmungen über das Verhalten bei Streiks, Schiedsgerichtsentscheidungen und Ausscheiden von Kollegen geregelt werden, die nicht nur des Streikes willen streiten, sondern im Streik die letzte und höchste Waffe ziehen, die der Arbeiter in seinem Kampf um ihre Lebenshaltung zur Verfügung steht.

Eine lehrreiche Analyse der Bestimmung über das Koalitionsrecht hat der § 20 des Arbeitsvertrages durch einige Kollegen erhalten.

Die Bestimmung über das Koalitionsrecht hat der § 20 des Arbeitsvertrages durch einige Kollegen erhalten.

organisationsbränden ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis oder die politische Stellung der Mitglieder.

Die Bestimmung einzelner Kollegen, daß durch diese Bestimmungen der Einwirkung gelber Gewerkschaften Vorbehalt gelassen werden könne, ist unbegründet.

Das Ansehen der Arbeitgebervertreter beim Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages außerordentlich gesunken, daß diese Bestimmung auch weiter bestehen bleibt.

Durch die Bestimmung über das Koalitionsrecht der Arbeiter erhalten allerdings jene Duldungen unter der Arbeiterschaft einen Freibrief, die sich von ihren Mitarbeitern wohl recht gern die Souveränität aus dem Feuer holen lassen.

Zum Schluß sei noch auf die Lohnfrage hingewiesen. Nach § 3 des Gesamtarbeitsvertrages sollen die Löhne gruppenweise vom Verband zu Verhandlung durch Gruppentaxie mit nicht mehr als höchstens vier Lohnklassen geregelt werden.

Die Vereinbarungen von Löhnen über das ganze Reich und insbesondere über Gebiete, deren Zuständigkeit durch den Abschluß des Gesamtarbeitsabkommens noch nicht entschieden war, ist bedeutend schwieriger, wie die allgemeine Regelung der sonstigen Arbeitsverhältnisse.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

Die Gabeln sind deshalb ergriffen worden, den Abschluß von Gruppentaxien einzuleiten. In einigen Gauen sind bereits Verhandlungen mit den Unternehmern in dieser Frage im Gange.

bunden, so kann die Betriebsleitung im Einvernehmen mit dem Be-

Wird die Leistungsfähigkeit eines Arbeiters dauernd wesentlich herab-

Bei Kriegsbeschäftigten ist der Lohn so festzusetzen, daß derselbe ein-

Die Regelung der Löhne für Fuhrleute, Autoführer, Ausgeher,

In den auf Beilage B aufgeführten Öfen sind bisherige Sonder-

Soweit nach Zurechnung dieser Beträge zu den alten Lohnsätzen

Für Ausschlässeleistungen der Arbeiter einer niedrigeren Lohnklasse

Dasselbe gilt sinngemäß in umgekehrten Fällen. Für Arbeiter, die

Die in der dritten Lohnklasse angeführten Arbeiter erhalten den

Dieser Lohnvertrag tritt am 1. Juli 1919 in Kraft und läuft bis

München, den 27. Juni 1919.

Für den Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Papp-, Zellstoff-

Anlage A. Drtsklassen. Klasse A.

München-Dachauer Aktiengesellschaft mit ihren Werken München,

Papierfabrik am Baum bei Wiesbach, Papierfabrik Brachmühl,

Anlage B. Lohnklassen. Klasse I.

Papiermaschinenführer 2,- 1,90 1,70

Klasse II. Goldschleifer, Zellstoffmaschinenführer, Pappenlangsch-

Klasse III. Goldpappenarbeiter, Goldstoff- und Pappenabnehmer,

Klasse IV. Räumliche Hilfsarbeiter unter 20 Jahren, wie:

Klasse V. Handwerker: Dreher, Schloffer, Schmiede,

Klasse VI. Weibliche Arbeiter

Keramische Industrie

Zur Lage der Gipsindustrie.

Wir entnehmen der Tonindustrie-Zeitung folgenden Bericht: Der

Neuerwerb tritt erheblicher Arbeitermangel auf, da die Arbeiter,

Tapeten-Industrie

Die Einigkeit in der Tapetenbranche.

Ein und einzig soll die Arbeiterschaft sein in ihrem gemeinsamen Ziel, der Befreiung

Gewerkschaftliche Nachrichten.

21. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

bert, den Terror verurteilt und die Einigkeit und Einheitsorganisation

Bei der Statutenberatung kommen wieder die gegensätzlichen Mei-

Zur Vorstandswahl gab Plebiszit für die Opposition eine Erklärung

20. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Kr. 3m Stuttgarter Gewerkschaftshaus fand in der Woche vom

Käppler (Berlin) ging noch besonders auf die Lage in der

Cohen von der Generalkommission ging auf verschiedene An-

Über den geplanten Gesetzesentwurf zur Errichtung von Betriebs-

Die Statutenberatung brachte eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge

Konferenz der Arbeitersekretäre.

In Nürnberg tagte am 27. Juni im Saalbau des Roten Vereins

des Staates, der Kreise oder Gemeinde sei, den Arbeitersekretariaten durch Vereinfachung von Mitteln zu helfen.

Fern. Müller (Berlin) sprach über den Ausbau der Sozialversicherung. Neben einem allgemeinen Programm, das einer baldigen zu erwartenden Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung zugrunde gelegt werden soll...

Ein weiterer Punkt betraf die Finanzierung der Arbeitersekretariate und der Gehälter der Sekretäre. Die finanzielle Grundlage der Arbeitersekretariate erscheint vielfach dort gefährdet...

Berichte aus den Zahlstellen.

Warenh. Zwischen dem Betriebsrat der Sachwarenfabrik Bischofsgrün, G. m. b. H., in Bischofsgrün einerseits und der Firma Sachwarenfabrik Bischofsgrün, G. m. b. H., in Bischofsgrün andererseits...

- 1. Für die Former werden als Zeitarbeiter für das Kleinwerkzeug die bisherigen Akkordlöhne um 15 Prozent erhöht...

Durch vorstehende Bedingungen gilt die Lohnfrage mit altemütigen Unternehmern bis einschließlich 30. September 1919 für geregelt...

Sachwarenfabrik Bischofsgrün, G. m. b. H.
Für die Organisation: Gottfried Brandel
Für den Betriebsrat: Schwarz, Meier, Greiner.

Lebba i. Pommer. Zwischen der Zementfabrik Lebba i. Pommer und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wurde folgender Tarifvertrag abgeschlossen...

Kriegswahl. Am 29. Juni fand in der Seidlerstraße eine Konferenz der Betriebsräte und Gewerkschaften statt, die aus allen Betrieben unseres Bezirks stattfand...

Rundschau. Die Beziehungen zwischen Beruf und Körper können wir erkennen aus einer Arbeit von L. Oxyth in der Militärärztlichen Zeitschrift...

Rundschau.

Mein Jugendclub.

Die Beziehungen zwischen Beruf und Körper können wir erkennen aus einer Arbeit von L. Oxyth in der Militärärztlichen Zeitschrift (Nr. 23 und 24). Der Arbeit liegt das Material des Bezirkskommandos in Braunschweig zugrunde...

Verbandsnachrichten.

An die Zahlstellen!

Diejenigen Zahlstellen, welche den Berichtbogen über die Durchführung des Achthunderttages noch nicht eingefandt haben, werden dringend ersucht, dies umgehend zu erledigen.

Der Vorstand.

Portofreiheit der Berichtskarten für die Arbeitslosen-Statistik des statistischen Reichsamtes.

Auf Anregung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist zwischen dem statistischen Reichsamt und dem Reichspostministerium vereinbart, daß die Berichtskarten für die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Statistik...

Die Werbung für das zweite Quartal 1919 haben eingefandt:

Helmstedt, Eperenberg, Reglin, Liebenwalde, Rojanke, Flensburg, Freienwalde, Burgauen, Grunsa, Buzen, Anbeck, Samanebeck, Weflingen, Beder, Beckeburg, Götze, Dabelben, Hietzeroda, Götze...

Vom 28. Juni an gingen bei der Hauptstelle folgende Beträge ein:
Kries 1600, Heidenheim 800, Mannheim 236,50, Remscheid 11, Salzgitter 35, Darmstadt 125, Heringen 400...

133,32. Arnburg 100, Springe 78, Niedenburg 74,44, Eintracht 55, Böhme 24, Janitz 15,50, Königberg 11, Wehlhagen 44,82, Dorndorf 70,50, Wabrad 489,56, Oberndorfen 611,05, Elbingerode 545,84, Neubalsleben 600, Dissen 749,18, Gieblitz 1187,80, Offersheim 864,38, Köthen 800, Oberrieps 150,81, Dalkenitz 95,58, Gröden 773,70, Briel 478,95, Weisenburg 249,29, Altenatal 81,90, Wendlingen 66,90, Bergedorf 30, Gierwerda 176,28, Waderleben 93,03.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erzielten die Zahlstellen:
Deimold. 15 Pf. pro Woche und Mitglied.
Einbeck. 10 Pf. pro Woche und Mitglied.
Friedland i. Meckl. 10 Pf. pro Woche und Mitglied, vom 1. Juli 1919 an.

Königsberg i. Pr. 30 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 20 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Juli 1919 an.
Muskau. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 15 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder, vom 1. Juli 1919 an.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Mipsbach i. Wartbg. Wilh. Armbruster, Adenbach, D.-A. Oberdorf.
Dismar. Richard Fischer, Poppelstr. 7.
Eismach. Daniel Abbe, Meinelstr. 8.
Froehung v. Bahl. (Gau 10.) Joz. Reifinger, Ringelstr., Post Pletzenkreutz.
Gethaim. Artur Rademann, Grimmaische Straße 26.

Husschreiben.

Zum alsbaldigen Antritt suchen wir einen
Agitationsleiter für die Nahrungsmittel-Industrie,
der in mindestens einem Fünftel dieser Industrie (siehe Verbandsstatut Seite 4, Abteilung 4) tätig gewesen sein muß.

Agitationsleiters für die Kali-Industrie

Die Bewerber haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes sowie ihrer früheren Tätigkeit schriftlich einzureichen.
Neben Angaben über Tag und Jahr der Geburt, des Eintritts in den Verband sind selbständige Abhandlungen über folgende Fragen einzureichen:

Die Zahlstelle Muskau O.-L. und Umg.

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen
Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, mindestens fünf Jahre organisiert und rednerisch befähigt sein.
Der Bewerbungen sind beizufügen eine kurze Schilderung des Lebenslaufes mit Angabe des Alters und eine schriftliche Arbeit über nachstehende Fragen:

Zahlstelle Uelzen.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen tüchtigen
Geschäftsführer
der auch die Anstandsverteilung für das Gewerkschaftskarteell mit zu übernehmen hat.